A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

10 Pfennig.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Freitag, 5. Dezember 1924.

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4700—4708. Telegramm-Adresse: Berlin Nr. 107341. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 Gm. in Berlin durch Boten.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.50 Goldmark je 23 mm breite Millimeter-Zeile. Behördliche Anzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

5. 12. a Nr. 574 10 Pfennig
63. Jahrgang.

England zum deutschen Handelsvertrag.

Der britische Handelsminister über die Vorteile der Meistbegünstigung.

mrk. **London**, 5. 12. (Eigenbericht.)

Im großen und ganzen kann gesagt werden, daß der deutsch-englische Handelsvertrag, der heute veröffentlicht wurde, eine gute Presse hat. Nörgler finden sich immer. Sie stehen auch hier mit ihren Kommentaren nicht zurück. Vorwiegend ist aber eine gänzliche Zufriedenheit. Die England ermöglichen den Vorteile werden allgemein besprochen. Sie liegen in der Meistbegünstigung. Was „Manchester Guardian" vorgestern sagte, wird heute von den „Times" in einem Leitartikel wiederholt. Nichts, sagt das Blatt, selbst nicht die Londoner Konkurrenz, konnte besser und deutlicher als dieser Vertrag die Tatsache zum Ausdruck bringen, daß nicht Kriegserinnerungen aufgetauscht, sondern Gelegenheit zu friedlichem Uebereinkommen gesucht werden müsse.

In einem Interview erklärte der Präsident des Handelsamts, Sir Philip Lloyd Greame, die Meistbegünstigungsklausel sei sehr befriedigend und so prägte gehalten wie bisher in keinem Handelsvertrag. Beide Seiten hätten Vorzugsrechte der wie einer Einfuhrabgabe belegen Güter ausgetauscht. Er hoffe, daß diese Listen einer sehr beschränkten Character zeigen, denn das würde ein großer Vorteil für den Handel sein. England habe zugestimmt, jede Ausnahmebehandlung gegen Deutsche aufzugeben. Ueber die Zulassung deutscher Seeleute auf britischen Schiffen erklärte Sir Philip Greame, die britische Politik werde stets darauf hinarbeiten, daß kein Ausländer eine Stellung erhalte, die ein Engländer ausfüllen könne. Im Ausnahmezustand werde es sich jedoch als notwendig herausstellt, deutschsprechende Stewards zu verwenden. Die Lösung gerade werde aufrechterhalten werden mit der Maßgabe, daß, wenn irgendeine andere Methode ausfindig gemacht werden könne, die den gleichen Betrag für die britische Regierung mit gleichem Profit bereit bereit oberste, die britische Regierung bereit sei, diese andere Methode im günstigen Sinne zu ertragen. In diesem Falle würde kein besonderer Wunsch bestehen, die Vorzugsrechte aufrechtzuerhalten.

Was die Bestimmungen im Vertrage betreffen, erklärte die „Times" den Umstand, daß keinerlei Maßnahmen gegen englische Waren seitens Deutschlands ergriffen werden. Kritisiert wird der Vertrag selbstverständlich von der „Morning Post", die sich auf die imperialistischen Interessen einstellt. Von dieser Seite wird natürlich bemängelt, daß nur Deutschland Vorteile aus dem Vertrage gehe und daß der deutschen Konkurrenz in England Tür und Tor geöffnet seien.

Die Dominions würden sich mit dem Vertrage nicht einverstanden erklären.

Nach einer Reutermeldung richtete die Seemannsunion des Britischen Reiches an die große britische Schiffahrtsgesellschaft ein Schreiben, in dem sie gegen die Bestimmung des neuen deutschen Handelsvertrages, der deutschen Seeleuten gestattete, auf britischen Schiffen Dienst zu nehmen, protestiert.

Frankreich soll zahlen.

Auch England meldet seine Ansprüche.

Paris, 5. 12. (W. T. B.)

Die französische Regierung veröffentlicht folgendes amtliche Kommuniqué:

Den Verhandlungen, die in den letzten Tagen zwischen dem französischen Botschafter in Washington Jusserand und dem Schatzsekretär der amerikanischen Regierung Mellon stattgefunden haben hinsichtlich der Forderung der französischen Schulden in Amerika, kann trotz gegenteiliger Mitteilungen in der Presse der Charakter eines einfachen offiziellen Meinungsaustausches zugesprochen werden.

London, 5. 12. (W. T. B.) Die durch die französisch-amerikanischen Fundierungsverhandlungen wieder in den Vordergrund gerückte Frage der interalliierten Schulden nimmt in der Presse weiteren Umfang ein. „Daily Express" folgte heute der britische Regierung auf zwei Grundlagen:

1. Daß, wenn Frankreich an die Vereinigten Staaten zahlen könnte, dies auch an England und die Alliierten eine Vorzugsbehandlung gewähren solle. Churchill werde die gleiche Frage im Januar in Paris aufwerfen, und dann dem Kabinett einen eingehenden Bericht unterbreiten.

Reuter berichtet aus Washington, die britische Schuldenregelung werde dort als abgeschlossen betrachtet. Ein Anlaß zu einer Erörterung über eine Abänderung der Bedingungen bestehe nicht.

Die Gehälter der Dawes-Funktionäre.

Paris, 5. 12. (T. U.)

Die Reparationskommission hat die Gehälter der mit der Ausführung des Sachverständigenberichts in Deutschland beauftragten Persönlichkeiten festgesetzt. Der Generalagent für die Reparationszahlungen bezieht eine Jahresgehalt von 190 000 Goldmark, der Eisenbahnkommissar 100 000 Goldmark, der Reichsbankkommissar 85 000 Goldmark, die anderen Kommissare je 80 000 Goldmark. Das Jahresgehalt der Kontrolleure beträgt 75 000 Goldmark. Die Mitglieder des Ueberwachungsausschusses, die nur einmal im Monat zusammentreten, beziehen eine feste Monatsentschädigung von je 1500 Goldmark nebst den Reisespesen usw.

Auf der Reise nach Rom.

Chamberlain bei Herriot. — Gegen das Genfer Protokoll. — Der Rhein als Tauschobjekt.

st. **Paris**, 5. 12. (Eigenbericht.)

Chamberlain ist gestern abend 6.15 Uhr in Paris eingetroffen. Er verbrachte den Abend mit Lord Crewe allein und hatte Herriot erst heute morgen 11 Uhr. Bis 1 Uhr, zur Speisestunde, soll er mit Herriot allein bleiben. Da Chamberlain vollkommen französisch spricht, wird nicht einmal der berühmte Dolmetscher zugegen. Am nachmittag wird weiter verhandelt, wobei die beiderseitigen Botschafter und die Herren Daroche und Cambon anwesend sind. Um 5 Uhr fährt der Minister nach Rom weiter.

In Wochenfrist soll eine neue Begegnung mit Herriot erfolgen. „Ere Nouvelle" vermutet, daß Chamberlain im Verlaufe der heutigen Besprechung Frankreich für Zugeständnisse im Rahen Osten am Rhein entgegenkommen wird.

Die Presse beschäftigt sich viel mit dem vornehmen Gast. Sie bringt ein wohlwollend karikierendes Bild, nimmt an seine ausgesprochene Nervosität mit seinem großen Bader und komödiantisch, um was es sich bei der Besprechung handeln könnte.

„Oeuvre" schreibt: Zwei Kapitel der allgemeinen Politik würden jedenfalls die Kosten der Unterhaltung bestreiten: Die Sicherheitsfrage und die Frage des Nahen Ostens. Die englische Regierung habe eine Frist verlangt, um das Genfer Protokoll studieren zu können. Es sei Kenntnis nehmen, ohne in eine Aussprache darüber einzutreten.

Die Neighpiemnote Chamberlains.

Die gemeldete Note der britischen Regierung ist vom 19. November, also vorm 10 Tage der Ermordung des Sirdar, datiert. Der Generalsekretär des Völkerbundes ließ alsbald nach Eintreffen der Note bei der britischen Regierung anfragen, ob beabsichtigt, daß sie beigefügten Staaten, das Protokoll unterzeichnet haben, zugestellt wird. In einer am 3. Dezember hier eingetroffenen Antwort erklärte die britische Regierung, daß sie dies wünsche, weil die Note den verschiedenen Regierungen zugegangen ist.

Aus dem Wortlaut der Note, die bekanntlich jede Einmischung ablehnt, trugen wir folgendes nach:

„Da mit dem Wortlaut des Genfer Protokolls die Möglichkeit gegeben war, das Protokoll auch der ägyptischen Regierung vorzulegen, habe ich die Ehre, im Auftrage des Staatssekretärs des Auswärtigen Seiner Britischen Majestät in Erinnerung zu rufen, daß das britische Protektorat über Aegypten am 28. Februar 1922 aufgehört hat. Obwohl fragen wurden damals mit ausdrücklicher Zustimmung der Regierung Seiner Britischen Majestät bis zum Abschluß eines diesbezüglichen Abkommens mit der ägyptischen Regierung vorbehalten. Die Regierung Seiner Majestät hat diese Beziehungen als eine Angelegenheit bezeichnet, die die Lebensinteressen und Rechte des britischen Reichs berühren; sie wird nicht dulden, daß eine andere Macht sie in Frage zieht oder zum Gegenstand von Erörterungen macht."

Parlamentsauflösung in Kairo.

mrk. **London**, 5. 12. (Eigenbericht.)

Aus Kairo wird gemeldet, daß das Kabinett die Auflösung der Abgeordneten, betreffend die Wiedereinberufung der Kammer, gepeilt habe und beschlossen hat, die Kammer am 9. Dezember zusammenzutreten. Neuwahlen sollen erst in zwei Monaten stattfinden.

Hier glaubt man, daß durch diesen Beschluß die Lage in Aegypten eine außerordentliche Verschärfung erfahren wird. Die Nationalisten sind ununterbrochen dabei, die Massen zu bearbeiten, die sich aus den Kabinettsmaßnahmen ergeben werden. Bemerkenswert ist der Beschluß der Stadtverwaltung von Alexandrien, die sich ziemlich offenkundig gegen die Verordnung des Kabinetts wandte, wonach die fremden Beamten mit den ägyptischen Beamten auf gleichen Fuß gestellt werden.

Lord Allenby entdeckt neue Verschwörungen.

„Daily Mail" meldet die Entdeckung einer Verschwörung in Aegypten zur Ermordung der hervorragenden Mitglieder des britischen Kabinetts. Es bestünden alle Anzeichen, daß das Komplott das Ergebnis der von der Wafd-Partei das eingeleiteten und geführten Propaganda sei. Die Nachricht über die Entdeckung sei in einem von Lord Allenby an das Foreign Office gesandten Telegramm enthalten. Infolge dieser Depeschen sei sofort eine Sondersitzung des Kabinetts einberufen worden. Nach deren Schluß wird der Innenminister Newton Hicks eine Mitteilung an die besondere Abteilung von Scotland Yard. Infolgedessen wird eilzeit eine Konferenz der Polizeileiter einberufen und Befehl erteilt, die gesamte Polizeitruppe und die privaten Detektive, die die Kabinettsmitglieder beschützen, zu vermehren. Gewisse Kabinettsmitglieder würden Tag und Nacht von bewaffneten Geheimpolizisten bewacht. Die Scotland Yard-Abteilung habe auch beschlossen, daß jedes Ministerium sofort eine besondere Wache von Polizeidetektiven erhalten soll. Revolver seien seitens an alle Beamten ausgegeben worden. Die Behörden erhielten auch besondere praktische Anweisungen, wie sie sich verhalten sollen, wenn irgend ein Anschlag auf einen Minister, einen Beamten oder ein Regierungsgebäude unternommen werden sollte.

mrk. **London**, 5. 12. (Eigenbericht)

Reuter bestätigt die Ernennung Sir Geoffrey Archers zum Generalgouverneur des Sudan. Sir Archers hat besondere Erfahrungen, indem er lange Zeit im Somaliland tätig war. Zuletzt war er Gouverneur von Uganda.

Die Tagung des Völkerbundes.

Gemeinsame Reise des tschechischen und österreichischen Außenministers.

kbg. **Wien**, 5. 12. (Eigenbericht)

Am 7. Dezember morgens trifft der tschechische Außenminister Dr. Beneschs in Wien ein, um von da mit dem neuen österreichischen Außenminister Dr. Matoja auf seiner Reise nach Rom bis zum Semmering zusammen zu fahren. Anscheinend dürfte Dr. Benesch auf der Rückreise von Rom in Wien eine neue Zusammenkunft mit Dr. Matoja haben. Die Aussprache der beiden Außenminister wird mit Sicherheit sich auch mit Fragen der Donau-Konferenz beschäftigen. Zwischen Benesch und Matoja werden auch einige wichtige österreichische Fragen zur Erörterung kommen, die infolge des Regierungswechsels aktuell geworden sind.

fr. **Mailand**, 5. 12. (Eigenbericht)

Aus Belgrad wird gemeldet, daß der Außenminister Ninčitschitsch am Montag nach Rom abreisen wird, um seinen mit Mussolini zusammenzutreffen. Die beiden Außenminister wollen dann alle Rechtsfragen, die noch übrig sind, und die durch die Konferenz von Genua nicht mehr politischen Natur nicht gelöst werden können, lösen. In Belgrad legt man dem Besuchen Bedeutung bei.

tz. **Stockholm**, 4. 12. (Eigenbericht)

Der schwedische Ministerpräsident Branting ist an Influenza erkrankt. Er hat deshalb die von ihm beabsichtigte Reise nach Rom zur Sitzung des Völkerbundrats aufgeben müssen.

Wer nicht wählt, wünscht

Haarmann vor Gericht.

Der zweite Verhandlungstag im Massenmörderprozeß.

Drahtmeldung unseres nach Hannover entsandten Sonderberichterstatters.

da. **Hannover**, 5. 12.

Auch dem heute, 9 Uhr morgens, begonnenen zweiten Verhandlungstage wohnen Oberstaatsanwalt Blanke und die anderen geltern genannten Herren Beamten bei. Die weitere Beweisaufnahme zieht sich zunächst das Verhältnis zwischen Grans und Haarmann. Nachdem man sich langsam an den Gedanken gewöhnt hat, daß es tatsächlich Menschen gibt, die unseresgleichen wie Menschen und doch etwas Entsetzlicheres sind als seinen Nachbarn, hat jetzt die Teilnahme aller allem Interesse an der Frage, wieso die Polizei diese Bestien nicht früher unschädlich machen konnte.

Es sind alle aus der heutigen Verhandlung zu erhoffen die Antwort über Haarmanns Verhältnis zur Polizei festzuhalten. Daß Haarmann der Polizei Angaben erstattete über fahrlässige machte, kann schon geltern zur Sprache. Heute tingt man der Oberstaatsanwalt: „Sind Sie in politischen Dingen als Spitzel verwendet worden?" Haarmann, ich habe mich um Politik nie gekümmert; ich weiß gar nicht, was Politik ist." Der sogenannte Ausweis, den Haarmann besaß, ist ihm selbst unterschieden gewesen. Der Angeklagte bezeichnete ihn als Ausgeteilten des Detektivinstituts „Kripo", dessen Gründer Grans und Polizeikommissar a. D. Dieterman waren. Außer den Ausweisen existierte nichts von diesem sogenannten Detektivinstitut.

Verhaftung Haarmanns.

Sie ist, wie noch erinnerlich sein wird, auf dem Bahnhof erfolgt, als Haarmann, nicht, wie es hieß, selbst jemand zu verhaften suchte, sondern als er die Polizei rief, um jemand verhaften zu lassen. Haarmann wußte sich nämlich nicht mehr anders zu helfen. Es war ein junger Bursche von hemmerfeiler Veranlagung, der sich Haarmann immer wieder aufdrängte. Sie waren einige Male in Haarmanns Wohnung zusammen. „Er wäre auch noch unter die Grde gekommen; er wäre auch an die Reihe gekommen," erklärt Haarmann. In der beiriefenen Nacht wollte er den Menschen nun nicht mitnehmen. Einige Male hatte er ihn schon abgewiesen, indem er ihm Geld zur Unterkunft gab. Auch jetzt verlangte er, daß Haarmann ihn mitnehme oder ihm Geld gebe. Die Szene spielte am Mittwoch auf dem Bahnhof. Haarmann kannte den Menschen nicht mit nach Hause nehmen, da dort wieder „etwas passiert" war. Er wußte sich der Zudringlichkeit nicht anders zu erwehren, als daß er die Polizei rief und ihn verhaften ließ mit der Mitteilung, der so Verhaftete habe falsche Papiere. Es war nur eine Vermutung, in der Haarmann in der Not griff. Die Vermutung stimmte zufällig. Die Polizei nahm jetzt jede Spur. Damit kam Fritz Stein ins Rollen. Alle Haarmann hat sich hierbei nicht als fähiger Detektiv erwiesen. Die Polizeibehörden müssen daraufhin, daß sie fordern er war in die Rolle des von einem Erzteufel Verführten gestanzt.

Es kommt dann weiter zur Sprache — und der Staatsanwalt unterstreicht es —, daß Haarmann der Begnadigung offen, und es ist kaum ein Zweifel, daß sie von diesem Recht notgenommen Gebrauch machen wird.

Haarmann Jacob Sadouk, Berufs Advokat und hervorragender Sozialistenführer, war Haarmann der Reserve im 156. Infanterie-Regiment, wurde jedoch vom Munitionsminister Thomas ins Munitionsministerium berufen. Im Jahre 1917 war er Mitglied der bekannten französischen Mission in Rußland. Als die Mission abreisen mußte, blieb er in Rußland und ging ins Kaukasus, offenbar über den Zweck seiner Anwesenheit sofort nicht und verunsicherte auch andere Franzosen, in Rußland zu bleiben. Dafür wurde er vom Kriegsbeirat in Abwesenheit zum Tode verurteilt. In Rußland spielte er anfangs eine große Rolle, verlor dann aber bald an Bedeutung. Nun war er von den französischen Kommunisten nach Paris berufen worden. Es gelang ihm, mittels eines falschen Passes über die Grenze zu kommen und etwa 20 Stunden sich in Paris zu bewegen, bis er, ohne als Kraffin durch die Pariser Straßen seinem Schicksal zu entgehen, durch die gleichen Beamten der politischen Polizei verhaftet und in das Militärgefängnis eingeliefert wurde.

Fünfzehnhundert Kontrollbesuche!

Die von der Interalliierten Militärkontrollkommission aus Anlaß der sogenannten „Generalinspektionen" ausgeführten Kontrollbesuche haben immerhin die Zahl 1500 erreicht, davon entfallen auf:

die Reichswehr	739 Besuche
Polizeiämter und Zivilbehörden	345 „
Industrie	416 „

Das sind zusammen genau 1500. Hiernach müßte die J. M. K. K. doch bereits 1500 Tage in Berlin tätig gewesen sein. Auch dem tatsächlichen bisherigen Verlauf der Generalinspektion muß die J. M. K. K. jetzt zu der Erkenntnis gekommen sein, daß Deutschland seine Verpflichtungen die Versailler Diktats entsprechen hat

er mit dem Polizeipräsidium direkt in Verbindung gestanden und es ist eine Belehrung vom Polizeipräsidium erhalten habe. Haarmann erinnert noch einmal, daß ihn der königliche Kommissar Müller bei Gelegenheit einer Vernehmung darauf angesprochen und ihm gesagt habe, er geht so viele Verbrecher kennt, kenne er auch die Polizei und erklärt einen Dienst, das Tod habe er in drei Fällen getan, aber nicht etwa infolge besonderen Auftrags, sondern weil Leute an ihm kamen, die gefährliche Sachen verkaufen wollten.

Vorsitzender: Haben Sie von der Polizei irgendwelche Belohnung erhalten?

Haarmann: Als was?

Damit ist die allgemeine Vernehmung der beiden Angeklagten beendet. Der Beisitzende tritt dann in die Erörterung der Einzelfälle ein. Es wird zunächst

der Fall des Friedel Rothe

erörtert, der seit dem 25. September 1918 vermißt wird. Der Angeklagte gibt an, daß Rothe in seiner Wohnung Celler Straße 27, umgekommen ist. Über die Einzelheiten des Falles kann nichts berichtet werden, da wahrscheinlich über Verhandlung die Oeffentlichkeit ausgeschlossen wurde.

Nach der Ankunft Krassins.

Paris unter dem Alldruck kommunistischer Gespenster.

st. **Paris**, 5. 12. (Eigenbericht.)

Gestern mittag kam, wie gemeldet, Krassin an und sechs Stunden später folgte Chambrun. Ein auf dem gleichen Bahnhof kam, anfangen von dem gleichen Wiederkehrer. Diesen beiden sich interessanten Aufmunterung gefällt sich nach der General Bergaud hinzu, der aus Berrat zurückkehrt, wo er durch den dem katholischen Nationalismus so verhaßten General Sarrail ersetzt wird. Endlich die Verhaftung Sadoulds, die gestern abend nach der Rückkehrung, und zwar ebenfalls Herriot wie Blum, einen großen Sieg verschafft, indem es ihnen gelang, das ganze Abgeordnetenhaus um sich zu scharen und zu den Vertretern der Kommunismus in Gegensatz zu bringen.

Am Schluß der Kammersitzung erklärte Wojaréfiéri Varenne, er habe von dem kommunistischen Abgeordneten Marion eine Interpellation über die Verhaftung des Hauptmann Sadoul erhalten. Herriot forderte die Zurückstellung der Beratung. Marion verlangte die sofortige Beratung und erklärte, die Regierung habe unmittelbar die sozialistische Partei mißtönen ihre Bischöflichkeiten hinsichtlich der Amnestie halten. Durch ein Gesetz der Kammer selbst sei Sadoul formell amnestiert worden, doch habe der Senat diesen Text gestrichen, der Kammer aber Ehre das Recht zu, ihn wiederzustellen. Trotz dieser Argumente bestand Herriot auf seinem Antrag, der mit 544 gegen 29 Stimmen angenommen wurde.

Die Presse setzt die Berichte über die

Mobilisierung des französischen Kommunismus

und die Betrachtungen über die von der Regierung eingeleiteten, bzw. nicht eingeleiteten Maßregeln fort. Sie behauptet das Erscheinen des kommunistischen Zeitungsteils und führt aus, wie sich darin das mystische und das wissenschaftliche Element der Revolution vereinigen. Der Kommunismus legt im allgemeinen wenig Wert auf das parlamentarische System, dieses aber weiht sich, und die unter Leitung Cherons stehende Gruppe des Senats, der Poincaré als Mandat gegeben hat, sich gestern an die übrigen Senatsparteien gewendet, um auf die Regierung Einfluß zu nehmen, denn leichtsinnig könne ganz besonders der Revolution gegenüber der Erfolg mit der politischen Kraft ab.

„Ere Nouvelle" nimmt heute eine auffallende Stellung ein. Dieses Blatt, das sonst sehr energisch für die Amnestie und für die Rhein-Politik eingetreten ist, erklärt nunmehr, daß, wenn Kraffin den französischen Kommunismus unterstützen sollte, nützen ihm Herriot die Pässe zurückstellen. Das Schicksal Sadouls sollte ihnen kaum gleichstehen. Politik Gerichte auf seiner Befreiung und der Senat auf der Verweigerung der Amnestie bestehen, bleibt der Regierung nach immer die Möglichkeit

Soziale Reaktion?

Vor etwa einem Jahre, als das Kabinett Marx in den Sattel gehoben werden sollte, schrieb das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei („Vorwärts" vom 28. November 1923): „Es wird ein „antimarxistisches" Kabinett sein, d. h. keine Front wird sich gegen die sozialen und politischen Rechte der Arbeiterschaft richten." Heute sieben wir wieder vor der Entscheidung über das Schicksal der Regierung, und wieder steht im „Vorwärts" (vom 18. November 1924) zu lesen: „Bürgerblock oder Sozialdemokratie, links oder rechts, soziale Gerechtigkeit oder Diktatur des Kapitalismus", so lautet die Entscheidung, die ein jeder Wähler an seinem Teile in der Hand hält." Wie ähnlich spiegelt sich heute in den Köpfen der Politiker die auf diese Phrase eingeschworen sind, die Welt, und mit welcher neuen Leichtigkeit wird hier eine Wahlparole zurechtgestimmt! Gewiß, sie nehmen mit Wahrscheinlichkeit, deren Tätigkeit, in die Komplizierthheit der Dinge einzudringen, nicht gerade eine besondere Stärke ist, und sie unterschätzen nicht die Wirkung des Schlagwortes „Gegen die Sozialreaktion! Gegen den Abbau der Sozialpolitik!" Unterliegt doch die Arbeiterschaft, deren Lebensfragen von der Sozialpolitik berührt werden, gar zu leicht dem bestimmenden Einfluß dieser Wahlparole, und in dieser Spekulation haben Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften die soziale Frage" in den Vordergrund ihrer Bedenkenfolgen Relation gestellt. Sieben wir daher einmal davon ab, daß der Wahlzweck des 7. Dezember über ganze andere, grundlegende Fragen der deutschen Nation entscheiden soll, und prüfen wir ein wenig die Richtigkeit der sozialistischen Parole.

„Abbau der Sozialpolitik!" Was ist eigentlich diese Sozialpolitik? Nach einer Definition des bekannten Vorkämpfers der Gesellschaft für soziale Reform, Prof. Heyde, „der Komplex der planmäßigen Bestrebungen und Maßnahmen, die primar den Zweck verfolgen, das Verhältnis der Klassen und Stände zueinander und zu den Staatsgewalten nach Maßgabe von Wert- (inhaltenden oder Gerechtigkeits-) Vorstellungen zu beeinflussen", und die soziale Frage ist danach „die Frage nach dem richtigen Verhältnis der Klassen und Stände zueinander und zu den Staatsgewalten". Ziehen wir diese beiden Definition drängt sich die Frage auf, ob sich denn die Sozialdemokratie in den letzten Jahren, besonders in der Zeit ihrer Vorherrschaft, als eine Hüterin der Sozialpolitik gezeigt hat, ob sie jemals versucht hat, ein richtiges Verhältnis der Klassen zueinander, bei dem jede die ihr zukommende Bedeutung erlangte, anzustreben, oder ob sie nicht unter Ausnützung ihrer ganzen Macht egoistische „Klassen"forderungen rücksichtslos durchzusetzen bestrebt war. Die Geschichte der Sozialistischen Gewerkschaftsbewegung nach der Revolution gibt die Antwort. Und weiter: Sozialpolitik ist sogar politik unvereinbar mit sozialistischer Politik, da bei Zweck des Klassenkampfes auch den bloßen Wunsch, einen vermittelnden Ausgleich der natürlichen Klassengegensätze herbeizuführen, von vornherein ausschließt. Alle Anhänger der „berufsstaatlichen Theorie des Klassenkampfes" (Sombart), die sich fest weiterfaßt in den sozialistischen Parteien und nur hier und da in anderen Lagern befinden, scheiden daher als Träger einer Sozialpolitik, die freilich auch mit Klassen und Klassengegensätzen rechnet, aber doch — ohne in „Vormundschaften" zu verfallen — einen gewissen Ausgleich erhofft und erstrebt, unbedingt aus. So schrieb Professor Sombart, den man wohl kaum mit seiner Stuttgarter Rede eine plötzliche Gesinnungsänderung nachzusagen beliebt, bereits im Jahre 1919 in der 8. Auflage seines „Sozialismus und soziale Bewegung": „Die marxistische Grundeinstellung, die die Grundeinstellung allen proletarischen Sozialismus ist, ist einseitig: wo das Böse dies Interesse, der Rest der Klasse, allein herrscht, führt es zu einer sozialen Verdoppelung zu einer gemeinlichen Verkümmerung. Die moderne soziale (proletarische) Bewegung ist eine Bewegung zur Sicherstellung, wenn und an aufbauender Liebe. Die „Revolution" in den verschiedenen Ländern hat diese Annut an den Zag gebracht. Die Revolution ist nicht Ausdruck für der Zerstörung und des Hasses. Noch zu keiner Zeit ist auf Erden so viel gehaßt und so wenig geliebt worden, wie in diesen Tagen. Wo wir noch beim politischen Leben nach dem Grund fragen, finden wir nichts als einen schwankenlosen Mammonismus hinten und drinnen." So sieht also das Gesicht des sozialen Zeitalters aus, das die Sozialdemokratie mit ihrer Herrschaft herbeigeführt hat. Fürwahr, eine ganzen Bezeichnung der hohen Ideale unserer deutschen Sozialpolitik, die zu einer reinen Leidenbewegung und zu einem rücksichtslosen „Kampf um die Futtertröpfe" degradiert worden ist!

Das Wort „Soziale Gerechtigkeit" ist in Agitation der Sozialdemokratie ist nichts als eine — freilich nicht beabsichtigte — Selbstverhöhnung, und es ist nur zu wünschen, daß diese Sorte „Sozialpolitik" möglichst bald abgetan wird. Nun wird die sozialistischen Gewerkschaften und Parteien darauf hinweisen, daß sie als die alleinigen, berufenen Vertreter der Arbeiterinteressen den Kampf gegen eine Schmälerung ihrer Arbeiterrechte aufnehmen müßten. Auch das stimmt nicht! Denn das wird wohl auch die Sozialdemokratie selbst zugeben müssen, daß sie längst nicht mehr die Vorkämpfer der Arbeiterklasse ist, daß große Teile der Arbeiterschaft in den christlich-nationalen Gewerkschaften oder den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften organisiert und alle Mitglieder und Wähler den „bürgerlichen" Parteien zuzurechnen sind. Das deutsche Volk besteht zu mindestens 70 % aus Lohn- und Gehaltsempfängern, also aus sogenannten Arbeitnehmern; wählen sich diese alle nur aus Verblendung und Unkenntnis ihre Führer und dem Lager der nicht sozialistischen Parteien, in denen ihre sozialen Belange nicht gewahrt werden? „Links sozial

sozialistische Mißwirtschaft!